

Kirche, Diakonie, Caritas und Hartz IV von Klaus Störch

Dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern auch vom Wort, das gehört zum Grundbestand der christlichen Kirchen in Deutschland. Und so äußern sich die Kirchen immer wieder zu Fragen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Besondere Popularität erlangte das Papier »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit«, das die Deutsche Bischofskonferenz gemeinsam mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Frühjahr 1997 veröffentlichte. Solidarität und Gerechtigkeit sollten weiterhin die Maßstäbe für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik sein. Damals forderten die Kirchen, dass die soziale Gerechtigkeit nicht auf dem Altar des Neoliberalismus geopfert werden dürfe: »Mit einer Herauslösung der Marktwirtschaft aus ihrer gesellschaftlichen Einbettung würden die demokratische Entwicklung, die soziale Stabilität, der innere Friede und das im Grundgesetz verankerte Ziel der sozialen Gerechtigkeit gefährdet werden«.¹ Dabei wurde die grundsätzliche Reformbedürftigkeit des Sozialsystems nicht in Frage gestellt. Arbeitslosigkeit, die Krise der Sozialversicherungssysteme, die demographische Entwicklung usw., erforderten nach Auffassung der Bischöfe sehr wohl einen Umbau des Sozialstaates. Aber sozial ausgewogen solle er sein. Die Kirchen wollten sich dafür einsetzen, den wirtschaftliche Wettbewerb und den sozialen Ausgleich zusammenzubringen. Zur sozialen Gerechtigkeit gehöre deshalb unabdingbar die Teilhabe aller und zugleich die Verpflichtung aller zur Teilhabe. Wer heute dieses Papier auf den Prüfstand stellt, der wird enttäuscht. Viele »fortschrittliche« Positionen wurden einfach auf der Müllhalde der Geschichte entsorgt. Es war der Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach, der vor Jahresfrist in einem Interview mit dem Stern, die Drift der Kirchen in die wirtschaftsliberale Mitte und die Hinwendung zur Agenda 2010 kritisierte und die Kirchenfürsten aufforderte, zu den formulierten Grundsätzen zurückzukehren und ein schärferes soziales Profil zu entwickeln.

Während Kardinal Lehmann Schröders Agenda 2010 begrüßte und der Jesuitenpater Hans Langendörfer geringere Hilfen für Arbeitslose und weniger Kündigungsschutz forderte, sagte Hengsbach gegenüber dem Stern: »Ja, das ist enttäuschend. Noch 1997 hat es im Kirchenwort geheißen, dass es zu den solidarischen Sicherungssystemen keine Alternative gibt. Das hat sich leider geändert. Ich vermute, die Kirchenleitung – nicht die Kirchen! – möchten den Fehler der Gewerkschaften vermeiden, dass sie wegen zu heftiger Konfrontation aus dem Eliten-Dialog ausgeklinkt wird. Die Angst vor der Stigmatisierung ist groß. Die Kirchenführer wollen bei den weltlichen Führungseliten mitreden dürfen«.² Auch wenn sich die Kirchenführungen dem neoliberalen Streamlining anpassen, bezweifelt Hengsbach hartnäckig, dass die fortschreitende Privatisierung und Deregulierung die Heilsbotschaften zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme sind. Und so kämpft er weiter – der Lafontaine der katholischen Kirche – für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Stärkung der Binnennachfrage und gegen die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze: »Der Sozialstaat wird eingerissen. Das ist die Bankrotterklärung jeder Politik. Wenn es keine Alternativen mehr gibt, bin ich hilflos irgendwelchen Naturgesetzen ausgeliefert. Aber ökonomische Prozesse sind keine Naturgewalten, sondern sind immer eingebettet in gesellschaftliche Entscheidungen, politische Weichenstellungen«.³

¹ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Hannover 1997

² Stern 48/2003: „Schröder will den Starken gefallen“

³ Ebenda

Zum Programm »Hartz IV«, der Arbeitsmarktreform der Bundesregierung, bezog die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) Position und veröffentlichte am 14. Oktober 2004 das Papier »Reform des Arbeitsmarktes in Deutschland – Einschätzungen und Bewertungsgesichtspunkte zur Diskussion«. Dieses Papier ist charakteristisch und steht stellvertretend für den Kurs der Kirchen gegenüber den »Reformen« der Bundesregierung.

Einerseits werden die Arbeitsmarktreforemen kritisiert und betont, dass die sozial Schwachen in der Gesellschaft geschützt und unterstützt werden müssen und ihnen dabei keinesfalls wachsende Risiken zugeschoben werden dürfen. So wird u.a. gefordert, dass besser Verdienende stärker dazu beitragen sollen, Schwächere sozial abzusichern sowie die Entwicklung neuer Arbeits- und Sozialmodelle finanziell zu unterstützen.⁴ Andererseits empfehlen sich die Kirchen und ihre Sozialverbände als Anbieter von »Ein-Euro-Jobs«, die neuerdings – welch Euphemismus – als Zusatzjobs oder als Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose bezeichnet werden. Dazu erklärte Dr. Wolfgang Gern, der Vorsitzende des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau (EKHN), dass er Arbeitsgelegenheiten dann als sinnvoll erachte, wenn sie diesen Menschen eine Perspektive eröffnen und sozialpädagogisch begleitet sind: »Arbeitsgelegenheiten dürfen keine Personalbeschaffung zu Dumpingpreisen erlauben und auch nicht bestehende ›reguläre‹ Arbeitsplätze in Frage stellen...Es geht darum, Menschen eine Perspektive zu eröffnen.«⁵

Dann wird Gern deutlicher: Der Sozialbereich berge ein enormes Beschäftigungspotenzial, die Unterfinanzierung der sozialen Arbeit führe dabei häufig zu Personalmangel und mancherorts zu unzumutbaren Bedingungen für die Beschäftigten und die Klienten. Um dann zurückzurudern: »Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV sind für diese Probleme keine Lösung. Arbeitslose müssen durch reguläre und ordentlich bezahlte Arbeit integriert und nicht in Arbeitsgelegenheiten mit einem Euro zum ALG alimentiert werden.«⁶

Die Regierung weist bei den sogenannten Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Bereich, die von ALG II-Empfängern angenommen werden müssen, da ansonsten der Leistungsbezug gekürzt werden kann, jedwede schlechte Absicht – Neuauflage eines Reichsarbeitsdienstes – weit von sich. Sie will auch nicht hochqualifizierte Arbeitssuchende mit körperlicher Arbeit quälen. Nein, die Regierung weiß, dass unter den über vier Millionen gemeldeten Arbeitssuchenden viele Qualifizierte zu finden sind – von dem Krankenpflegepersonal bis hin zu Pädagogen. Weil künftig die Zivildienstleistenden wegfallen – schon jetzt sind 60 000 Zivildienstplätze nicht besetzt, erschließt sich die politische Klasse ein Arbeitskräftereservoir, um den akuten Notstand bei den Wohlfahrtsverbänden zu beseitigen.

Aber die Perspektive dieser politischen Operation reicht weiter. Schon jetzt gibt es rund 150 000 solcher gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten. Die Kommunen, Wohlfahrtsverbände etc. erhalten im kommenden Jahr vom Finanzminister eine Zuweisung in Höhe von 6,35 Mrd. Euro, um weitere 600.000-850.000 so genannte 1-Euro-Jobs zu schaffen. Damit wird die Karikatur einer modernen Dienstleistungsgesellschaft geschaffen.

Weshalb lassen sich Kirche, Caritas und Diakonie vor diesen Karren spannen? Die kirchlichen Institutionen stecken in einer schweren Finanzkrise. Die Ursache: sinkende Steuereinnahmen und fallende Mitgliederzahlen.⁷ Gerade der Kahlschlag im Sozialbereich und die zunehmende Ökonomisierung des Sozialen führten oft zu

⁴ „Keine Personalbeschaffung zu Dumpingpreisen“, EKHN-Pressemitteilung 31/04 vom 03.09.2004

⁵ Ebenda

⁶ Ebenda

⁷ vgl. Spiegel 42/04: „Das Kreuz mit dem Geld“

einer existenzbedrohenden Situation bei den Sozialverbänden. Viele Einrichtungen – seien es Kindergärten, Erziehungsberatungsstellen, Krankenhäuser, ambulante Sozialstationen, Frauenhäuser, Dienste der Behinderten- und Jugendhilfe – stehen vor dem finanziellen Aus.⁸(9)

Vor diesem Hintergrund versprechen die Ein-Euro-Jobs eine personelle und finanzielle Verbesserung. Arbeitsplatzneutralität hin, Arbeitsplatzneutralität her – die Zusatzjobs erhöhen die Qualität sozialer Dienstleistungen – und sie senken den Preis. Die Bundesregierung hat vielerorts sinnvolle Tätigkeitsfelder ausgemacht. Die Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass im nächsten Jahr rund 350.000 Zusatzjobs vermittelt werden könnten. Wirtschaftsminister Clement (SPD) hält ein Potenzial von 600.000 Zusatzjobs für realistisch (bei den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen).

Dass viele Anbieter von Ein-Euro-Jobs es nicht so ernst nehmen werden mit der Arbeitsplatzneutralität und überhaupt, darauf hat die Gewerkschaft ver.di bereits mehrfach aufmerksam gemacht.⁹(10) Warum sollte es angesichts des Wettbewerbsdrucks bei Caritas und Diakonie – trotz wohlklingender Erklärungen – anders sein?

Statt gegen den Sozialabbau zu kämpfen, machen die Sozialverbände die »Arbeitsgelegenheiten« gesellschaftsfähig. »Wir können am Gesetz nichts mehr ändern«, erklärte der Sprecher des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg, Dr. Thomas Broch, und begründet den Einstieg in die Zusatzjobs damit, dass so wenigstens die Möglichkeiten der Ausgestaltung im Sinne der betroffenen Menschen positiv beeinflusst werden könnten.

Dabei waren Teile der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände in der Vergangenheit aktiv an der sozialpolitischen Opposition gegen den (wettbewerbsorientierten) Um- und Rückbau des Sozialstaates beteiligt. So z.B. beim Bündnis »*Soziale Gerechtigkeit in Hessen*« im Oktober letzten Jahres oder bei den Großdemonstrationen gegen den Sozialstaatsabbau im April in Berlin, Köln und Stuttgart. Es war lange Zeit Konsens, sich gemeinsam mit den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen gegen die Durchsetzung falscher und für die Durchsetzung gesellschaftspolitischer Alternativen einzusetzen und die vorhandene Gestaltungskraft in Gegenmachtfähigkeit umzuwandeln.

Doch anstatt mehr finanzielle, personelle und intellektuelle Ressourcen für die Entwicklung strategischer Zukunftsrezepte bereitzustellen, rudern die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände zurück. Dabei ist unstrittig, dass Gegenmachtfähigkeit im Alleingang nicht zu haben ist: Gerade für die kirchlichen Sozialverbände wächst die Bedeutung strategischer Allianzen zur Durchsetzung ihrer sozialpolitischen Interessen für die Schwachen in unserer Gesellschaft.

Die Kirche, Caritas und Diakonie befinden sich auf Schlingerkurs: Teile werden weiterhin gesellschaftskritisch auftreten und sich an mancher Großdemonstration gegen den Sozialabbau und die Umverteilung von unten nach oben beteiligen. Gleichzeitig sind sie – aus finanziellen Gründen, z.T. aber auch, weil die Notwendigkeit der gegenwärtigen »Reform« politik geteilt wird, z.T. um im gesellschaftlichen Diskurs nicht ausgegrenzt zu werden – in die Umsetzung der Agenda 2010-Politik eingebunden.

Die Kirchen in der BRD beschäftigen als »Dienstgeber« bereits rund 1,3 Millionen Menschen. Davon arbeitet knapp einer Million bei den großen kirchlichen Sozialkonzernen, der katholischen Caritas (rund 500 000) und der evangelischen

⁸ vgl. Spiegel 42/04: „Das Kreuz mit dem Geld“

⁹ Zu den Positionen von ver.di zu den Zusatzjobs siehe www.verdi.de

Diakonie (über 400 000). Damit sind die beiden christlichen Glaubensgemeinschaften der größte »Arbeitgeber« Deutschlands. Hinzu kommen Heerscharen (eine weitere Million) von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Helfern. 4 000 Ein-Euro-Jobs, so die vorsichtigen Schätzungen, könnten allein in Hessen im nächsten Jahr dazukommen. Vorlesen, Laub harken, Rollstuhl schieben, Koffer tragen und Kinder hüten im Dienst für den Nächsten und die heilige Kirche.

Wenn die Macht der Kirche nicht mehr an der Zahl der praktizierenden Gläubigen festgemacht werden kann, dann muss man sie vielleicht an den Beschäftigten messen, »die ihre Daseinsberechtigung der Existenz der Kirche und des christlichen Glaubens verdanken und verschwinden würden, wenn eine dieser beiden verschwände.«¹⁰

Klaus Störch ist Sozialwissenschaftler, lebt in Flörsheim am Main (D).

Dieser Artikel erscheint auch in der Dezemberausgabe (2004) der Zeitschrift "Sozialismus"

¹⁰ Pierre Bourdieu, Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns, S. 199, Frankfurt 1998